

Wahlprüfsteine PETA

1. Landwirtschaft und Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei für Ausstiegshilfen für tierhaltende Landwirt:innen einsetzen?

Nein. Landwirtinnen und Landwirte in Hessen und in Deutschland produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel zu den weltweit höchsten Standards. Den Trend des Höfesterbens und den drastischen Rückgang der Tierhaltungszahlen in den vergangenen Jahren in Hessen betrachten wir mit größter Sorge. Wir wollen Landwirtschaft in Hessen inklusive der tierhaltenden Betriebe sowie der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe erhalten. Dazu werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen.

2. Tierschutzkontrollen

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Hessen im Durchschnitt nur alle 13,8 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Wir wissen, dass es derzeit eine Unterausstattung in den kommunalen Veterinärbehörden gibt. Die Kontrollen liegen in der Zuständigkeit der Kommunen. Das Land muss darauf hinwirken, dass eine adäquate Kontrolle stattfinden kann. Dazu muss die Personalausstattung dem Bedarf angepasst werden. Eine gute Verwaltung benötigt gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Landwirtschaftsverwaltung besteht in den nächsten Jahren ein erheblicher Bedarf an gut ausgebildeten Nachwuchskräften im gehobenen und höheren Dienst. Wir setzen uns deshalb für die Wiedereinführung einer gezielten Vorbereitung der Hochschulabsolventen auf den Dienst in öffentlichen Verwaltungen ein.

Eine generelle Festlegung von Kontrollintervallen sehen wir kritisch. Wir gehen davon aus, dass eine risikobasierte Kontrolldichte, je nach Betrieb und dessen Vorgeschichte dem Problem eher gerecht wird. Einer Kriminalisierung aller Landwirte stehen wir entgegen.

3. Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Nein. Wir Freie Demokraten gehen davon aus, dass die Betreiber von Restaurants, Kantinen oder Mensen der öffentlichen Hand selbst am besten beurteilen können, welche Gerichte ihre Kundinnen und Kunden nachfragen und welche nicht. Darüber hinaus trauen wir den Konsumenten zu, die gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Folgen ihres Konsumverhaltens einschätzen zu können.

4. Tierversuch/Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierversuch für die Lehre in hessischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Stand jetzt kann in vielen Bereichen noch nicht auf Tierversuche verzichtet werden. Bereits jetzt sind die Anforderungen sehr hoch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Anforderungen strenger kontrolliert werden, um das Leid der Tiere so gering zu halten wie möglich. Perspektivisch wollen wir die Alternativen zu Tierversuchen stärken und dafür Forschungsmittel zur Verfügung stellen.

5. Jagd

In Hessen werden jedes Jahr über 25.000 Füchse bei der Jagd getötet – oftmals ohne „vernünftigen Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Hessen nur noch im Einzelfall und mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Nein. Die Grundannahme, dass für ein Management der Fuchspopulation keine wildbiologischen Argumente vorliegen, teilen wir nicht. Im Gegenteil gibt es viele verschiedene Gründe, die für eine intensive Bejagung des Fuchses sprechen. Gerade in Niederwildrevieren gibt es erhebliche Probleme für Rebhühner oder Birkhühner. Der Fuchs als Nahrungsgeneralist kann sich in unserer Kulturlandschaft massiv vermehren und würde so die Existenz des Niederwildes zumindest lokal gefährden. Wir erachten daher die Bejagung des Fuchses unter Beachtung des Elterntierschutzes als notwendig.

6. Angeln für Kinder

In Hessen dürfen Kinder und Jugendliche ab einem Alter von 10 Jahren einen Jugendfischereischein erwerben, mit dem sie unter Aufsicht einer volljährigen Person mit Fischereischein angeln dürfen.

Unterstützt Ihre Partei die Abschaffung des Jugendfischereischeins, also des Fischens ohne Lehrgang?

Nein. Genau wie die Jagd ist die Fischerei aus Sicht der Freien Demokraten gelebter Naturschutz. Insofern begrüßen wir, dass sich Angelfischerei in Hessen wachsender Beliebtheit erfreut. Der Jugendfischereischein dient dazu, Kinder frühzeitig an die Fischerei und den verantwortungsbewussten Umgang mit der Gewässerökologie heranzuführen. Im Sinne der Nachwuchsgewinnung wollen wir den Jugendfischereischein erhalten.

7. Sachkundenachweis für Hundehaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Hessen einsetzen?

In dem Bewusstsein, dass eine pauschale Rasseliste, wie sie in § 2 Abs. 1 der Hessischen Hundeverordnung aufgestellt ist, durchaus Schwächen hat, da diese nur nach dem abstrakten Gefährdungspotential differenziert und nicht nach dem Wesen des einzelnen Tieres oder der konkreten Fähigkeiten des Hundehalters, sprechen wir uns dennoch für die bestehende Regelung und damit gegen den verpflichtenden Sachkundenachweis aus. Die Alternative zu der Pflicht zu Wesensprüfung und Sachkundenachweis für Hunderassen, die in der derzeitigen Rasseliste in der HundeVO aufgeführt sind, wäre die Einführung eines allgemeinen Wesenstestes für Hunde sowie eines verpflichtenden Sachkundenachweises für alle Hundebesitzer, was zu einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand und Kosten führen würde. Ein vollständiger Verzicht auf Sachkundenachweise und Wesenstests kommt für uns aus Sicherheitserwägungen nicht in Betracht.

8. Katzenschutz

Der niedersächsische Landtag hat im Juni 2023 beschlossen, eine Katzenschutzverordnung mit einer Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einzuführen.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine Katzenschutzverordnung in Hessen einzuführen?

Ja. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung nach dem Vorbild Niedersachsens ein.